

# Inhaltsverzeichnis

## *Erster Teil*

### **Der Begriff „demokratische Grundsätze“ in Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG**

	17
§ 1 Einleitung .....	17
§ 2 Das Demokratieverständnis des Grundgesetzes als Interpretations- grundlage für die Forderung des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG .....	19
I. Parteienstaat als Sonderform der unmittelbaren Demokratie ..	19
II. Kritik der Parteienstaatstheorie .....	22
III. Ergebnis .....	25
§ 3 Die Funktion der Parteien im politischen Willensbildungsprozeß als Grundlage für eine Konkretisierung der Forderung nach einer innerparteilichen Ordnung, die demokratischen Grundsätzen ent- spricht .....	26
I. Vorbemerkung .....	26
II. Die politische Willensbildung in dem System des Grundge- setzes .....	27
III. Willensbildungsprozeß im Bundestag .....	31
A. Fraktionsbildung .....	31
B. Funktion der Fraktionen .....	34
1. Regierungsfraktion .....	34
2. Opposition .....	39
3. Schlußbemerkung .....	45
IV. Parteien als Bindeglieder zwischen dem Volk und der parla- mentarischen Willensbildung (Vermittlungsfunktion) .....	46
V. Informationsfunktion .....	49
VI. Aktualisierung des Gemeinwillens durch die Parteien (formale Integration) .....	51
VII. Funktion der Parteien bei der Auffindung des Gemeinwohls (materiale Integration) .....	53
VIII. Sammlungsfunktion .....	57
IX. Funktion der Parteien in den Wahlen .....	57
X. Beziehung von Partei und Fraktion .....	58

XI. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien .....	60
XII. Parteifunktionen als Rechtfertigung für die Forderung des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG .....	63
§ 4 Die Ausgestaltung der innerparteilichen Ordnung im Hinblick auf die Parteifunktionen .....	65
I. Hinsichtlich der Sammlungsfunktion .....	65
II. Hinsichtlich der Vermittlungs-, Informations- und Integrationsfunktion unter Berücksichtigung des Willensbildungsprozesses in den Fraktionen .....	66
A. Folgen einer unmittelbar-demokratischen innerparteilichen Ordnung .....	67
B. Folgen einer mittelbar-demokratischen innerparteilichen Ordnung .....	71
III. Die mittelbar-demokratische innerparteiliche Ordnung als Voraussetzung für eine innerparteiliche Willensbildung mit Integrationswirkung .....	74
IV. Hinsichtlich der Funktion der Parteien in den Wahlen .....	76
A. Auswahlfunktion .....	76
B. Präsentationsfunktion .....	77
V. Schlußbemerkung .....	78

### *Zweiter Teil*

<b>Die parteiengesetzliche Regelung der innerparteilichen Ordnung als Erfüllung der Forderung in Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG</b> .....	<b>80</b>
§ 5 Der Umfang des verfassungsrechtlichen Regelungsauftrages (Art. 21 Abs. 3 GG) .....	80
§ 6 Parteiengesetz und bürgerliches Recht .....	82
§ 7 Satzung und Programm .....	83
I. Satzung .....	83
II. Programm .....	84
§ 8 Aufbau der Parteiorganisation .....	86
I. Gliederung der Partei in Gebietsverbände .....	86
A. Bedeutung der Gebietsverbände für die innerparteiliche Willensbildung .....	86
B. Organisatorische Zusammenschlüsse gem. § 7 Satz 4 PartG .....	88
C. Exilorganisationen .....	88
D. Rechtliche Stellung der Gebietsverbände .....	89
II. Organe im Sinne des Parteiengesetzes .....	91

III. Parteiversammlung (allgemein) .....	91
A. Mitglieder- oder Vertreterversammlung .....	91
B. Repräsentation im innerparteilichen Bereich .....	92
IV. Hauptversammlung .....	93
V. Parteitag .....	96
A. Aufgabenzuweisung nach dem Parteiengesetz .....	96
B. Zusammentritt .....	98
C. Zusammensetzung der Parteitage .....	101
1. Gewählte Delegierte .....	101
2. Delegierte kraft Amtes .....	103
3. Berufung der Delegierten kraft Amtes .....	107
D. Willensbildung auf den Parteitag .....	108
E. Schlußbemerkung .....	110
VI. Vorstand .....	111
A. Funktion .....	111
B. Zusammensetzung .....	112
VII. Geschäftsführender Vorstand .....	117
VIII. Allgemeiner Parteiausschuß .....	118
§ 9 Wahl und Abstimmung .....	123
I. Regelung des Parteiengesetzes .....	123
II. Geltung der allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze .....	124
A. Allgemein .....	124
B. Unmittelbar .....	126
C. Frei .....	128
D. Gleich .....	130
E. Geheim .....	131
III. Wahlvorbereitung .....	133
§ 10 Rechte und Pflichten der Parteimitglieder .....	134
I. Die Geltung von Grundrechten und die Grenzen ihrer Anwendung .....	134
A. Vorbemerkung .....	134
B. Meinungsfreiheit .....	138
C. Gleichheitsgebot .....	143
D. Vereinigungsfreiheit .....	145
1. Beitritt zu anderen politischen Organisationen .....	145
2. Innerparteiliche Fraktionsbildungen .....	145
II. Ordnungsmaßnahmen .....	146
A. Allgemeine Bedeutung .....	146
B. Ordnungsmaßnahmen außer Parteiausschluß .....	150

C. Parteiausschluß .....	150
III. Automatischer Verlust der Parteimitgliedschaft .....	152
IV. Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände .....	152
V. Austritt .....	156
§ 11 Aufnahme .....	156
I. Aufnahmeanspruch .....	156
II. Grenzen des Aufnahmeanspruchs .....	161
§ 12 Parteischiedsgerichte .....	166
I. Bedeutung für die innerparteiliche Willensbildung .....	166
II. Einsetzung .....	168
III. Verfahren .....	169
IV. Überprüfung schiedsgerichtlicher Entscheidungen .....	170
A. Rechtsweg .....	170
B. Umfang der Überprüfung .....	173
C. Schlußbemerkung .....	178
§ 13 Kandidatenaufstellung .....	179
I. Bedeutung .....	179
II. Gesetzliche Regelung .....	180
A. Nach dem Parteiengesetz .....	180
B. Nach dem Bundeswahlgesetz .....	182
III. Kritik .....	185
IV. Vorwahlen als Mittel zur Intensivierung der innerparteilichen Willensbildung .....	186
A. Darstellung .....	186
B. Auswirkung von Vorwahlen .....	190
V. Andere Möglichkeiten der Kandidatenauswahl .....	194
A. Wahlkreisandidaten .....	194
B. Listenkandidaten .....	198
C. Schlußbemerkung .....	200

*Dritter Teil*

**Möglichkeiten einer Durchsetzung  
der im Parteiengesetz enthaltenen Regeln  
für die innerparteiliche Ordnung** 201

§ 14 Parteiverbot .....	201
§ 15 Verlust der Parteieigenschaft .....	202

§ 16	Folgen eines Verstoßes der Parteisatzung gegen das Parteiengesetz nach bürgerlichem Recht .....	203
§ 17	Maßnahmen des Bundeswahlleiters nach § 38 PartG .....	204
§ 18	Zurückweisung von Wahlvorschlägen wegen fehlerhafter Kandidatenaufstellung .....	205
§ 19	Möglichkeiten für die Einführung weiterer Sanktionen .....	207
	I. Allgemein .....	207
	II. Ausschluß von dem Erhalt öffentlicher Leistungen .....	207
	A. Verweigerung der Wahlkampfkostenerstattung .....	207
	1. Die Regelung des § 23 PartG .....	207
	2. Das Gebot der Chancengleichheit und der Ausschluß von der Wahlkampfkostenerstattung .....	210
	B. Ausschluß von dem Erhalt sonstiger öffentlicher Leistungen .....	214
	III. Ausschluß von der Teilnahme an Wahlen .....	214
	IV. Geldbußen .....	216
§ 20	Die öffentliche Meinung und Wahlen als Mittel zur Gewährleistung einer demokratischen innerparteilichen Ordnung .....	217

**Literaturverzeichnis**